



Satzung

beschlossen auf dem

55. Bundestag am 15. Mai 2021

Satzung des Deutschen Hockey-Bundes e.V.

Inhaltsverzeichnis

A. ALLGEMEINES	4
§ 1 Name und Sitz	4
§ 2 Zweck, Aufgaben, Grundsätze.....	4
§ 3 Gemeinnützigkeit	5
§ 4 Mitgliedschaft in anderen Organisationen	5
§ 5 Geschäftsjahr	5
§ 6 Rechtsgrundlagen.....	6
§ 7 Veröffentlichungen	6
B. MITGLIEDSCHAFT	6
§ 8 Erwerb der Mitgliedschaft	6
§ 9 Erlöschen der Mitgliedschaft, Ausschluss	7
§ 10 Rechte der Mitglieder	7
§ 11 Pflichten der Mitglieder, Disziplinarmaßnahmen.....	7
§ 12 Besondere Rechte und Pflichten des Ligaverbands und seiner Mitglieder	9
§ 13 Bekämpfung des Dopings und Gewaltprävention	10
C. ORGANE DES DHB	11
§ 14 Organe	11
I. BUNDESTAG	11
§ 15 Zuständigkeit, Geschäftsordnung	11
§ 16 Zusammentreten, Anträge.....	12
§ 17 Stimmrecht, Vollmachten	12
§ 18 Beschlussfassung, Versammlungsprotokoll	13
§ 19 Außerordentlicher Bundestag	14
II. BUNDESRAT, BUNDESAUSSCHUSS.....	14
§ 20 Zusammensetzung, Stimmrecht, Zusammentreten, Anträge.....	14
§ 21 Zuständigkeit, Beschlussfassung, Geschäftsordnung	15
III. PRÄSIDIUM	16
§ 22 Zusammensetzung	16
§ 23 Zuständigkeit, Stimmrecht, Beschlussfassung, Geschäftsordnung.....	17
IV. VORSTAND UND DIREKTORIUM.....	19
§ 24 Zuständigkeit, Zusammensetzung, Berufung, Amtsdauer	19
V. HOCKEYJUGEND	19
§ 25 Bundesjugendtag	19
§ 26 Bundesjugendrat.....	20
§ 27 Bundesjugendvorstand.....	21
VI. MITWIRKUNG DER ATHLETEN/INNEN	21
§ 28 Athletenvertreter/in	21
D. AUSSCHÜSSE DES DHB.....	21
§ 29 Präsidiumsausschüsse.....	21

§ 30	Spielordnungsausschuss.....	21
§ 31	Schiedsrichter- und Regelausschuss	22
E.	SCHIEDSGERICHTE.....	22
§ 32	Schiedsgerichtsbarkeit	22
§ 33	Zusammensetzung der Schiedsgerichte, Wahl und Stellung der Schiedsrichter/innen	23
§ 34	Zuständigkeit und Verfahren der Schiedsgerichte	24
F.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	24
§ 36	Datenschutz	25
§ 37	Auflösung.....	26
§ 38	Inkrafttreten.....	27

A. Allgemeines

§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Deutsche Hockey-Bund e.V. (weiter: DHB) ist die Spitzenorganisation des Hockeysports (Feld- und Hallenhockey) in Deutschland.
- (2) Der DHB ist der Zusammenschluss der gemeinnützigen deutschen Vereine, die Hockeysport betreiben, der Landeshockeyverbände Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz/ Saar, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und Westdeutschland sowie des Ligaverbands.
- (3) Mehrere Landeshockeyverbände können sich zur Durchführung eines überregionalen Spielverkehrs oder zur Förderung gemeinsamer Ziele zu einer Interessengemeinschaft oder einem Regionalverband zusammenschließen.
- (4) Der DHB hat seinen Sitz in Mönchengladbach und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Mönchengladbach unter der Nummer 2371 eingetragen.

§ 2 Zweck, Aufgaben, Grundsätze

- (1) Der DHB pflegt und fördert den Hockeysport zum Wohle der Allgemeinheit, insbesondere der Jugend.
- (2) Der DHB vertritt die Interessen des deutschen Hockeysports im In- und Ausland.
- (3) Der DHB organisiert, veranstaltet und verantwortet den Spielbetrieb des deutschen Hockeysports, führt insbesondere Spiele der Nationalmannschaften für Damen, Herren und Jugend, Deutsche Meisterschaften für Damen, Herren und Jugend, sowohl auf dem Feld als auch in der Halle durch, soweit die Organisation und Veranstaltung des Spielbetriebs nicht den Landeshockeyverbänden oder dem Ligaverband zugewiesen ist.
- (4) ¹Sämtliche Rechte am Spielbetrieb stehen als Veranstalter und zwar zeitlich und örtlich unbegrenzt dem DHB beziehungsweise, soweit ihnen die Aufgaben zur Organisation und Veranstaltung des Spielbetriebs zugewiesen sind, den Landeshockeyverbänden oder dem Ligaverband zu. ²Jede Art von Zentralvermarktung einzelner Spielklassen bedarf der Zustimmung des Bundesrats mit Ausnahme der Vermarktung der Spielklassen, die durch den Ligaverband organisiert und veranstaltet werden. ³Ungeachtet dessen bleibt es den Mitgliedern unbenommen, ihre Hockeyspiele und Mannschaften für eigene Zwecke und auf eigene Rechnung zu vermarkten und damit Einnahmen zu erzielen.
- (5) ¹Die im Zusammenhang mit Spielen der deutschen Nationalmannschaften begründeten Rechte stehen ausschließlich und zwar zeitlich und örtlich unbegrenzt dem DHB zu. ²Er nimmt unter Berücksichtigung der finanziellen und sportlichen Gegebenheiten sowie unter Beachtung der internationalen und olympischen Teilnahmeregelungen an internationalen Hockeyveranstaltungen teil, insbesondere an Olympischen Spielen sowie an Welt- und Europameisterschaften.
- (6) ¹Der DHB bekennt sich zum Dopingverbot und tritt aktiv gegen Medikamentenmissbrauch ein. ²Er verpflichtet sich, Doping und Medikamentenmissbrauch unter anderem durch Kontrollen im Wettkampf und außerhalb des Wettkampfes, durch

Unterhaltung von Einrichtungen zur Verfolgung von Verstößen und durch Sanktionen bei Verstößen aktiv zu bekämpfen.

- (7) ¹Der DHB bekennt sich zum aktiven Kampf gegen Gewalt im Sport, unabhängig davon, ob sie körperlicher, seelischer oder sexualisierter Art ist. ²Der DHB sorgt im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Atmosphäre gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Transparenz von Rechten insbesondere von Kindern und Jugendlichen. ³Er verpflichtet sich, in seinen Strukturen, Ausbildungen und der täglichen Praxis diesem Bekenntnis entsprechend der Selbstverpflichtung des Deutschen Olympischen Sportbundes e.V. (weiter: DOSB) und seiner Mitgliedsverbände gerecht zu werden. ⁴Einzelheiten regelt der vom Bundesrat zu beschließende Ethik-Code des DHB.
- (8) ¹Der DHB beachtet die Grundsätze guter Verbandsführung (Good Governance). ²Der/die vom Bundestag gewählte Good-Governance-Beauftragte berät die Organe und sonstigen Gremien des DHB. ³Er/sie erstattet dem Bundestag einen Bericht über seine Tätigkeit. ⁴Das Nähere regeln die vom Bundesrat beschlossenen Richtlinien zur guten Verbandsführung. ⁵Die Richtlinien zur guten Verbandsführung sind von den Amts- und Funktionsträgern umzusetzen.
- (9) Bei den in dieser Satzung genannten Personen sind stets Menschen aller Geschlechter und Identitäten gemeint.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) ¹Der DHB ist gemeinnützig. ²Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. ³Seine Tätigkeit und etwaiges Vermögen dienen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. ⁴Mittel des DHB dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke, Zuwendungen an den DHB aus zweckgebundenen Mitteln nur für die vorgeschriebenen Zwecke verwendet werden.
- (2) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des DHB fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen oder Aufwandsentschädigungen begünstigt werden.
- (3) Bei Auflösung des DHB oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des DHB an den DOSB, der es unmittelbar und ausschließlich für die sportliche Jugendhilfe im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 4 der Abgabenordnung zu verwenden hat.

§ 4 Mitgliedschaft in anderen Organisationen

¹Der DHB ist Mitglied des DOSB sowie der internationalen Organisationen International Hockey Federation (weiter: FIH) und European Hockey Federation (EHF). ²Der DHB kann auch anderen Organisationen beitreten, sofern deren Ziele und Tätigkeit nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen des Sports oder dieser Satzung stehen.

§ 5 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 6 Rechtsgrundlagen

(1) ¹Die Rechte und Pflichten der Mitglieder und der Organe des DHB bestimmen sich nach dieser Satzung und folgenden Ordnungen, die der DHB erlässt und die für die Mitglieder des DHB und deren Mitglieder verbindlich sind:

- a) Jugendordnung (JO DHB),
- b) Schiedsgerichtsordnung (SGO DHB),
- c) Finanzordnung (FO DHB),
- d) Spielordnung (SPO DHB),
- e) Ehrungsordnung (EHO DHB),
- f) Anti-Doping-Ordnung (ADO DHB),
- g) Ethik-Code des DHB (EC DHB),
- h) Richtlinien zur guten Verbandsführung,
- i) Beitragsordnung (BO DHB).

²Soweit der Ligaverband nach § 12 Abs. 4 lit. h) eine eigene Spielordnung für die Bundesligen verabschiedet, können sich hieraus – bezogen auf nach dem Kooperationsvertrag gemäß § 12 Abs. 3 bis 5 beim DHB verbleibende Organisationsaufgaben – auch Rechte und Pflichten für die Mitglieder und Organe des DHB ergeben, die dem Ligaverband nicht nach § 12 Abs. 1 angehören.

(2) ¹Diese Ordnungen sind nicht Bestandteil dieser Satzung. ²Die Satzungen und Ordnungen der Mitglieder des DHB dürfen nicht im Widerspruch zu dieser Satzung stehen.

(3) Änderungen der Rechtsgrundlagen sind zu veröffentlichen und treten mit Veröffentlichung durch den DHB in Kraft, soweit nichts anderes ausdrücklich beschlossen und verkündet wird; im Hinblick auf die Satzung gilt § 38.

§ 7 Veröffentlichungen

Veröffentlichungen und Bekanntmachungen erfolgen auf der Internetseite des DHB als offiziellem Organ.

B. Mitgliedschaft

§ 8 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) ¹Mitglieder des DHB sind die in § 1 Abs. 2 genannten Vereine und Landeshockeyverbände sowie der Ligaverband. ²Die Vereine erwerben die Mitgliedschaft mit dem Erwerb der Mitgliedschaft in dem Landeshockeyverband, in dessen Gebiet sie ihren Sitz haben. ³Mit Zustimmung der beiden betroffenen Landeshockeyverbände können Vereine auch abweichend von ihrer Gebietszugehörigkeit Mitglied eines anderen Landeshockeyverbands sein.

- (2) Das Präsidium kann auch Zusammenschlüsse mehrerer Landeshockeyverbände zu Regionalverbänden oder Interessengemeinschaften als Mitglieder des DHB aufnehmen.
- (3) ¹Der Bundestag kann natürliche Personen aufgrund besonderer Verdienste um die Förderung des Hockeysports zu Ehrenpräsidenten/innen oder Ehrenmitgliedern ernennen. ²Das Nähere regelt die EHO DHB.

§ 9 Erlöschen der Mitgliedschaft, Ausschluss

- (1) Die Mitgliedschaft im DHB erlischt:
- a) durch Auflösung des Mitglieds,
 - b) durch Ausschluss des Mitglieds,
 - c) im Falle eines Mitgliedsvereins durch den Verlust seiner Mitgliedschaft in einem Landeshockeyverband oder
 - d) bei natürlichen Personen durch Tod.
- (2) ¹Der Ausschluss eines Mitglieds ist nur zulässig bei Vorliegen eines wichtigen Grunds. ²Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn das Mitglied nachhaltig oder schwerwiegend gegen die Interessen des DHB verstoßen hat, dem DHB, einem Landeshockeyverband, dem Ligaverband oder einem Mitglied schweren Schaden zugefügt oder wenn es seine Gemeinnützigkeit verloren hat, sofern es als Verein organisiert ist. ³Über den Ausschluss entscheidet das Präsidium nach vorheriger Anhörung des/r Betroffenen. ⁴Der Beschluss ist dem/r Betroffenen in Textform unter Angabe des Ausschlussgrunds mitzuteilen. ⁵Gegen den Ausschluss steht dem/r Betroffenen der Rechtsweg nach der SGO DHB zu. ⁶Der ordentliche Rechtsweg ist ausgeschlossen.
- (3) ¹Das Erlöschen der Mitgliedschaft lässt zuvor begründete Verbindlichkeiten gegenüber dem DHB unberührt. ²Bereits erbrachte Beiträge, Umlagen oder sonstige Leistungen werden nicht zurückgewährt.

§ 10 Rechte der Mitglieder

Die Mitglieder sind berechtigt:

- a) an Bundestagen und Bundesjugendtagen nach Maßgabe dieser Satzung und der JO DHB teilzunehmen,
- b) an den Veranstaltungen des DHB, insbesondere dem Spielbetrieb, nach Maßgabe der hierfür bestehenden Regelungen teilzunehmen.

§ 11 Pflichten der Mitglieder, Disziplinarmaßnahmen

- (1) Die Mitglieder und deren Mitglieder sind verpflichtet, diese Satzung und die sonstigen in § 6 Abs. 1 genannten Rechtsgrundlagen zu beachten sowie sie und auf ihnen beruhende Entscheidungen zu befolgen.

- (2) ¹Die Mitglieder sind zur Zahlung jährlicher Beiträge verpflichtet, deren Höhe vom Bundestag in einer Beitragsordnung festgesetzt wird. ²Die Beitragsordnung regelt außerdem die Fälligkeit sowie die Art und Weise der Beitragszahlungspflicht, die Folgen von Zahlungsverzug und weitere Einzelheiten.
- (3) ¹Die Mitglieder sind außerdem zur Zahlung von Umlagen und sonstigen Sonderbeiträgen verpflichtet, wenn und soweit der Bundestag oder Bundesrat diese festsetzen. ²Umlagen dürfen nur zur Erfüllung des Vereinszwecks und zur Deckung eines größeren Finanzbedarfs des DHB beschlossen werden, der mit den regulären Finanzierungsquellen nicht erfüllt werden kann. ³Eine Umlage darf nicht häufiger als einmal pro Jahr erhoben werden; sie darf die Höhe eines Jahresbeitrags nicht überschreiten.
- (4) Die Mitglieder sind verpflichtet, auf Anforderung des DHB Mitgliederzahlen und andere Ereignisse und Sachverhalte aus dem Vereins- und Verbandsleben, deren Kenntnis nach Einschätzung des DHB für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung erforderlich oder auch nur zweckmäßig ist, zu übermitteln.
- (5) ¹Alle Formen des unsportlichen Verhaltens sowie unter Bestrafung gestellte Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen des DHB werden verfolgt und unter Berücksichtigung des Einzelfalls mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet; § 9 Abs. 2 bleibt unberührt. ²Über die Verhängung einer Disziplinarmaßnahme entscheiden die nach dieser Satzung und den Ordnungen des DHB zuständigen Organe, Ausschüsse und Personen oder, soweit keine andere Zuständigkeit vorgesehen ist, das Präsidium. ³Das Nähere regeln die Ordnungen im Sinne des § 6 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 und 4. ⁴Zur Aufrechterhaltung des sportlichen Wettbewerbs oder eines geordneten Rechtswesens kann durch den/die Vorsitzende/n des jeweiligen Rechtsorgans bei Verstößen gegen die Satzung und Ordnungen des DHB eine vorläufige Maßnahme ausgesprochen werden. ⁵Als Disziplinarmaßnahmen sind zulässig:
- a) Verwarnung,
 - b) Verweis,
 - c) Geldstrafe,
 - d) Verhängung eines Platzverbots für einzelne Personen,
 - e) Platzsperre oder Spieldaustagung unter Ausschluss der Öffentlichkeit,
 - f) Aberkennung von Punkten,
 - g) Versetzung in eine tiefere Spielklasse,
 - h) Verbot, sich während eines oder mehrerer Spiele im Innenraum des Stadions oder der Sportstätte aufzuhalten,
 - i) Verbot, ein Amt im DHB oder in seinen Mitgliedern zu bekleiden,
 - j) Sperre für Pflichtspieltage,
 - k) Ruhen der Mitgliedschaftsrechte des betroffenen Mitglieds,
 - l) Ausschluss von der Nutzung der Einrichtungen des DHB,
 - m) Entzug der Zulassung beziehungsweise einer vom DHB erteilten Lizenz (zum Beispiel für Trainer, Schiedsrichter und Schiedsrichterbeobachter).

⁶Die Verhängung der vorstehenden Disziplinarmaßnahmen (lit.°h)-m) soll in der Regel nicht länger als drei Jahre erfolgen. ⁷Lediglich in besonders begründeten und schweren Ausnahmefällen ist ein Ausschluss der genannten Tätigkeiten auf Dauer möglich. ⁸Die Disziplinarmaßnahmen können auch nebeneinander verhängt werden. ⁹Daneben sind erzieherische Maßnahmen zulässig (zum Beispiel Auflage und Bußen). ¹⁰Gegen Disziplinarmaßnahmen und sonstige Entscheidungen steht dem/r/n Betroffenen der Rechtsweg nach der SGO DHB zu, soweit sie nach dieser Satzung oder den Ordnungen des DHB nicht unanfechtbar sind. ¹¹Die mit der Anrufung der Gerichte dem Mitglied entstehenden außergerichtlichen Kosten werden auch im Festsetzungsfall nicht erstattet.

§ 12 Besondere Rechte und Pflichten des Ligaverbands und seiner Mitglieder

- (1) Der Ligaverband ist der Zusammenschluss der deutschen Hockeyvereine der Damen- und Herren Bundesligen (1. und 2. Bundesliga in Feld und Halle).
- (2) Der Ligaverband regelt seinen Geschäftsbereich durch Satzung sowie Entscheidungen seiner Organe unter Beachtung der Satzung und Ordnungen des DHB und der den DHB bindenden Regelungen der FIH und EHF.
- (3) Der DHB kann die Organisation und Veranstaltung der und die Verantwortung für die Bundesligen sowie die im Zusammenhang damit stehenden Rechte in einem Kooperationsvertrag an den Ligaverband übertragen.
- (4) Der Kooperationsvertrag kann insbesondere die Übertragung der nachfolgenden Rechte auf den Ligaverband vorsehen:
 - a) Organisation und Veranstaltung des sowie Verantwortung für den Spielbetrieb der Bundesligen der Damen und Herren sowohl auf dem Feld als auch in der Halle,
 - b) Ermittlung der Deutschen Hockeymeister und Teilnehmer an den internationalen Wettbewerben der EHF,
 - c) Verwertung von Vermarktungsrechten im eigenen Namen,
 - d) Festlegung der Teilnahmevoraussetzungen und Standards für den Spielbetrieb der Bundesligen,
 - e) Erstellung des Rahmenterminkalenders im Einvernehmen mit dem DHB unter Beachtung der international vorgegebenen Rahmenterminpläne,
 - f) Beteiligung an der Besetzung der Rechtsprechungsorgane nach Maßgabe dieser Satzung,
 - g) Entsendung der Vertreter/innen in die Organe und die weiteren Ausschüsse des DHB nach Maßgabe dieser Satzung,
 - h) Verabschiedung einer eigenen Spielordnung für die Bundesligen.
- (5) Soweit der DHB die Veranstaltung der Bundesligen und die im Zusammenhang damit stehenden Rechte in einem Kooperationsvertrag an den Ligaverband übertragen hat, stellt der Ligaverband sicher, dass in seiner Satzung nachfolgende Pflichten von ihm und seinen Mitgliedern beachtet werden:

- a) Die Hockeyspiele in den Bundesligen sind nach den internationalen Hockeyregeln auszutragen unter Berücksichtigung der verbindlichen Auslegung durch den DHB.
 - b) Der Ligaverband stellt den Auf- und Abstieg zwischen der 1. Bundesliga und der 2. Bundesliga sowie – in Absprache mit dem DHB und den Landes hockeyverbänden und ihren Zusammenschlüssen nach § 8 Abs. 2 – den Regionalligen sicher.
 - c) Der Ligaverband hat die Abstellung von Spieler/innen seiner Mitglieder für die Nationalmannschaften sicherzustellen.
 - d) Der Ligaverband ist verpflichtet, sich an der Entwicklung, Betreuung und Förderung des gesamten Hockeysports in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen.
 - e) Der Ligaverband ist verpflichtet, das Dopingverbot zu beachten und entsprechend den vom DHB erlassenen Bestimmungen durchzusetzen.
 - f) Der Ligaverband und seine Mitglieder sind verpflichtet, besondere Aktivitäten des DHB, die aus seiner sozialen und gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus dem Hockeysport dienen, ideell und materiell zu fördern. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung des Breitensports, des Jugendhockeys sowie Förderung des Ehrenamtes.
- (6) Die konkrete Ausgestaltung der vorgenannten Rechte und Verpflichtungen wird durch einen Kooperationsvertrag geregelt.

§ 13 Bekämpfung des Dopings und Gewaltprävention

- (1) ¹Die Mitglieder und deren Mitglieder sind verpflichtet, Doping zu unterlassen, sich Kontrollmaßnahmen zu unterziehen, die die Einhaltung des Verbots sichern sollen, und sich der verbandsinternen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen. ²Die Mitglieder haben ihre Mitglieder durch Erklärungen entsprechend zu verpflichten.
- (2) ¹Der DHB nimmt am Dopingkontrollsystem der Nationalen Anti-Doping-Agentur (weiter: NADA) und der FIH teil. ²Sowohl die NADA als auch die FIH sind berechtigt, Dopingkontrollen während und außerhalb des Wettkampfes durchzuführen.
- (3) ¹Einzelheiten regelt in ihrer jeweils aktuellen Fassung die ADO DHB. ²Der Rechtsweg zur ordentlichen Gerichtsbarkeit ist gegen Entscheidungen aufgrund der ADO DHB ausgeschlossen. ³Der Rechtsweg richtet sich nach den Bestimmungen dieser Satzung und der übrigen Rechtsgrundlagen des DHB, insbesondere der ADO DHB.
- (4) ¹Der DHB, seine Mitglieder und deren Mitglieder sind verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, Gewalt zu vermeiden, unabhängig davon, ob sie körperlicher, seelischer oder sexualisierter Art ist, und sind verpflichtet, geeignete Strukturen zu schaffen, die Gefährdungspotenziale im Hinblick auf Gewaltanwendungen minimieren, und gegebenenfalls in angemessener Weise Verstöße zu sanktionieren. ²Die Mitglieder haben ihre Mitglieder durch Erklärungen entsprechend zu verpflichten. ³Einzelheiten regelt in seiner jeweils aktuellen Fassung der Ethik-Code des DHB.

C. Organe des DHB

§ 14 Organe

Die Organe des DHB sind:

- a) Bundestag,
- b) Bundesrat,
- c) Präsidium,
- d) Vorstand,
- e) Direktorium,
- f) Bundesjugendtag (weiter: BJT),
- g) Bundesjugendrat (weiter: BJR),
- h) Bundesjugendvorstand (weiter: BJV),
- i) Athletenvertreter und Athletenvertreterin.

I. Bundestag

§ 15 Zuständigkeit, Geschäftsordnung

(1) Der Bundestag ist das oberste Organ des DHB.

(2) Der Bundestag ist zuständig für:

- a) Wahl des Präsidiums, mit Ausnahme des/der Bundesjugendwarts/in und, sofern die Organisation und Veranstaltung der und die Verantwortung für die Bundesligen gemäß § 12 Abs. 3 in einem Kooperationsvertrag an den Ligaverband übertragen worden sind, mit Ausnahme des für die Bundesligen zuständigen Präsidiumsmitglieds, wobei der Bundestag zuvor beschließt, ob ein/e Präsident/in oder aber zwei gleichberechtigte Präsidenten (eine Frau und ein Mann) gewählt werden sollen,
- b) Ernennung von Ehrenpräsidenten/innen sowie von Ehrenmitgliedern,
- c) Wahl des/der Good-Governance-Beauftragten für die Dauer von zwei Jahren,
- d) Wahl der Schiedsrichter/innen und der Ersatzschiedsrichter/innen des Bundesschiedsgerichts (weiter: BSG) und des Bundesoberschiedsgerichts (weiter: BOSG),
- e) Wahl zweier Kassenprüfer/innen sowie zweier Stellvertreter/innen für die Dauer von zwei Jahren,
- f) Genehmigung des Jahresabschlusses des dem Bundestag vorausgegangenen Geschäftsjahrs,
- g) Änderung der BO DHB und Festsetzung der jährlichen Beiträge sowie Umlagen und sonstiger Beiträge,
- h) Änderungen dieser Satzung; § 23 Abs. 7 bleibt unberührt,

- i) Entlastung des Präsidiums,
 - j) Auflösung des DHB.
- (3) Der Bundestag kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen die Entscheidung einzelner Angelegenheiten, ausgenommen Änderungen dieser Satzung und die Auflösung des DHB, auf den Bundesrat übertragen.
- (4) Der Bundestag gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 16 Zusammentreten, Anträge

- (1) ¹Der ordentliche Bundestag findet in jedem ungeraden Jahr bis spätestens zum 31. Mai statt. ²Termin und Ort werden vom Vorstand bestimmt und müssen mindestens sechs Monate vorher unter Hinweis auf die in Absatz 4 genannte Antragsfrist veröffentlicht werden.
- (2) ¹Der ordentliche Bundestag wird vom Vorstand mit einer Frist von mindestens zwei Monaten unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch Veröffentlichung einberufen. ²Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Veröffentlichung und der Tag des Bundestags nicht mitgerechnet.
- (3) Die Tagesordnung muss folgende Punkte enthalten:
- a) Verabschiedung einer Geschäftsordnung,
 - b) Genehmigung des Jahresabschlusses des dem Bundestag vorausgegangenen Geschäftsjahrs,
 - c) Bericht des Vorstands, Berichte der Präsidiumsmitglieder, Bericht der/des Good-Governance-Beauftragten, Bericht der Kassenprüfer/innen,
 - d) Anträge.
- (4) ¹Anträge zum Bundestag können die Mitglieder und die Organe des DHB stellen. ²Anträge zum ordentlichen Bundestag müssen spätestens drei Monate vor dem Bundestag in Textform bei der Geschäftsstelle des DHB eingehen. ³Bei der Berechnung der Frist wird der Tag, an dem der Bundestag stattfindet, nicht mitgerechnet. ⁴Fristgerecht eingegangene Anträge müssen vom Vorstand spätestens mit der Einberufung veröffentlicht werden.
- (5) ¹Dringlichkeitsanträge auf Änderung dieser Satzung und der sonstigen in § 6 Abs. 1 genannten Rechtsgrundlagen sowie auf Auflösung des DHB sind unzulässig. ²Bei Satzungsänderungen ist es während des Bundestags zulässig, einen vorab ordnungs- und fristgemäß gestellten Antrag auf Satzungsänderung in der Versammlung zu modifizieren, soweit der inhaltliche Zusammenhang erhalten bleibt. ³Im Übrigen werden Dringlichkeitsanträge nach der Geschäftsordnung des Bundestags behandelt.

§ 17 Stimmrecht, Vollmachten

- (1) ¹Bei einem Bundestag haben die Mitglieder des Präsidiums, die Mitglieder des Vorstands im Sinne von § 26 BGB, die ernannten Direktoren/innen, die Landes-

hockeyverbände, der Ligaverband, der Athletenvertreter und die Athletenvertreterin sowie die Ehrenpräsidenten/innen und die Ehrenmitglieder je eine Stimme. ²Die Regionalverbände und die Interessenverbände, die Mitglieder im Sinne des § 8 Abs. 2 sind, haben kein Stimmrecht. ³Die Mitgliedsvereine mit bis zu 30 Mitgliedern, die als spielberechtigt registriert sind und im Kalendervorjahr zum Bundestag das zehnte Lebensjahr vollendet haben, erhalten eine und für jede weiteren angefangenen 30 entsprechend registrierten spielberechtigten Mitglieder eine weitere Stimme. ⁴Maßgeblich für die Anzahl der Stimmen ist der entsprechende Mitgliederbestand am letzten Tag des Monats, der dem Monat vorhergeht, in dem der Bundestag stattfindet. ⁵Die Präsidiumsmitglieder haben bei ihrer eigenen Entlastung, die Mitglieder des Vorstands im Sinne von § 26 BGB bei ihrer eigenen und der Entlastung des Präsidiums kein Stimmrecht.

- (2) ¹Bei einem Bundestag können sich die Mitgliedsvereine, die Landeshockeyverbände, der Ligaverband und die Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands vertreten lassen. ²Die Mitglieder des Präsidiums können sich nur durch ein anderes Präsidiumsmitglied, die Mitglieder des Vorstands nur durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. ³Der/die jeweilige Vertreter/in bedarf einer Vollmacht, die vor der Teilnahme an der Sitzung der/dem/den Präsidenten/in oder dem von der/dem/den Präsidenten/in mit der Ausgabe der Stimmzettel beauftragten Personen in Textform zu übergeben ist. ⁴Ein/e Vertreter/in darf einschließlich eigener Stimmen nicht mehr als 25 Stimmen auf sich vereinen und muss das 18. Lebensjahr vollendet haben. ⁵Der/die Vertreter/in ist an Weisungen zur Stimmabgabe nicht gebunden.
- (3) Das Stimmrecht eines Mitgliedsvereins ruht, solange er sich mit der Zahlung fälliger Beiträge, Umlagen oder sonstiger Sonderbeiträge, die fünf vom Hundert des Jahresbeitrags übersteigen, länger als zwei Monate im Rückstand befindet.

§ 18 Beschlussfassung, Versammlungsprotokoll

- (1) Jeder satzungsgemäß einberufene Bundestag ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (2) Der Bundestag wählt zu Beginn der Sitzung eine/n Versammlungsleiter/in, eine/n Protokollführer/in und das Alterspräsidium. ²Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Bundestags.
- (3) ¹Bei Wahlen ist der/die Kandidat/in, der/die mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereint, gewählt. ²Erlangt keine/r von mehreren Kandidaten/innen diese Mehrheit, so findet zwischen den beiden Kandidaten/innen, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. ³Gewählt ist dann derjenige/diejenige, der/die die meisten Stimmen erhalten hat. ⁴Bei gleicher Stimmenzahl wird die Wahl einmalig wiederholt; ist die Stimmenzahl danach erneut gleich, entscheidet das von dem/der Versammlungsleiter/in zu ziehende Los. ⁵Beschlüsse erfolgen mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit in dieser Satzung keine andere Mehrheit vorgesehen ist. ⁶Für Änderungen dieser Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich; § 23 Abs. 7 bleibt unberührt. ⁷Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

- (4) ¹Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung. ²Sie erfolgen abweichend von Satz 1 in offener Abstimmung, wenn nur ein/e Wahlbewerber/in vorhanden ist; etwas anderes gilt, wenn geheime Abstimmung beantragt wird und diesen Antrag mindestens 100 Stimmen in offener Abstimmung unterstützen. ³Sonstige Abstimmungen erfolgen in offener Abstimmung; etwas anderes gilt, wenn geheime Abstimmung beantragt wird und diesen Antrag mindestens 100 Stimmen in offener Abstimmung unterstützen. ⁴Im Übrigen wird das Verfahren und die Art und Weise von Wahlen und sonstigen Abstimmungen von dem/r Versammlungsleiter/in festgelegt, soweit nicht die Geschäftsordnung des Bundestags oder der Bundestag durch Beschluss andere Regelungen trifft.
- (5) Wählbar ist jedes volljährige Mitglied eines Mitgliedsvereins.
- (6) ¹Von jedem Bundestag ist ein Protokoll zu fertigen, das von der/dem/den Präsidenten/in sowie von dem/der Protokollführer/in zu unterzeichnen und den Mitgliedern innerhalb von drei Monaten nach dem Bundestag zugänglich zu machen ist. ²Ist der/die Protokollführer/in dauerhaft verhindert, muss das Protokoll, wenn es nur eine/n Präsidenten/in gibt, auch von einem weiteren Präsidiumsmitglied unterzeichnet werden. ³Zum Zweck der Protokollführung können Tonaufnahmen der Wortbeiträge der Versammlung angefertigt und gespeichert werden; insoweit ist vor Beginn der Versammlung das Einverständnis der Versammlung einzuholen. ⁴Beschlüsse und Ergebnisse von Wahlen sind vom Vorstand binnen einer Woche nach Beendigung des Bundestags zu veröffentlichen.

§ 19 Außerordentlicher Bundestag

- (1) ¹Das Präsidium kann jederzeit einen außerordentlichen Bundestag einberufen. ²Es ist hierzu verpflichtet, wenn dies vom Bundesrat oder mindestens einem Drittel der Mitglieder des DHB in Textform und unter Angabe des Grunds und des Gegenstands, über den beraten werden soll, bei dem Präsidium beantragt wird. ³Sollen bei dem außerordentlichen Bundestag Beschlüsse gefasst werden, ist der Beschlussvorschlag mit dem Ersuchen auf Einberufung des außerordentlichen Bundestags zu übermitteln.
- (2) ¹Der außerordentliche Bundestag muss spätestens sechs Wochen nach dem Eingang des Antrags stattfinden. ²Die Einberufung muss unverzüglich unter Bekanntgabe des Gegenstands der Beratung und Beschlussfassung durch Veröffentlichung erfolgen. ³Bei dem außerordentlichen Bundestag darf nur über diesen Gegenstand beschlossen werden. ⁴Dringlichkeitsanträge sind ausgeschlossen.
- (3) Im Übrigen gelten die §§ 17 und 18 entsprechend.

II. Bundesrat, Bundesausschuss

§ 20 Zusammensetzung, Stimmrecht, Zusammentreten, Anträge

- (1) Der Bundesrat besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums, den Mitgliedern des Vorstands im Sinne von § 26 BGB, dem/der Jugendsekretär/in, den ernannten Direktoren/innen, den Vorsitzenden der Landeshockeyverbände sowie dem Athletenvertreter und der Athletenvertreterin.

- (2) Die Vorsitzenden der Landeshockeyverbände schließen sich zum wechselseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Vorbereitung der Sitzungen des Bundesrats zum Bundesausschuss zusammen.
- (3) ¹Vorsitzende/r des Bundesrats ist beziehungsweise sind der/die Präsident/in oder die Präsidenten des DHB. ²Der/die stellvertretende Vorsitzende des Bundesrats wird vom Bundesausschuss aus seiner Mitte gewählt.
- (4) ¹Der Bundesrat wird von seinem/r/n Vorsitzenden unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von sechs Wochen, bei deren Berechnung der Tag der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet werden, einberufen und von ihm geleitet. ²Er tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. ³Er muss auch dann einberufen werden, wenn dies von mindestens der Hälfte der im Bundesrat vertretenen Stimmen in Textform bei dem Präsidium beantragt wird. ⁴Der Bundesrat muss spätestens einen Monat nach dem Eingang des Antrags zusammentreten.
- (5) ¹Anträge zum Bundesrat können die Mitglieder und Organe des DHB stellen. ²Anträge müssen spätestens vier Wochen vor dem Bundesrat in Textform bei der Geschäftsstelle des DHB eingehen. ³Bei der Berechnung der Frist wird der Tag, an dem der Bundesrat stattfindet, nicht mitgerechnet. ⁴Fristgerecht eingegangene Anträge müssen von dem/r/n Vorsitzenden den Mitgliedern des Bundesrats unverzüglich bekanntgegeben werden.
- (6) ¹Im Bundesrat hat jedes Mitglied mindestens je eine Stimme. ²Die Vorsitzenden der Landeshockeyverbände mit bis zu 1.800 Mitgliedern, die als spielberechtigt registriert und im Kalendervorjahr zur Sitzung des Bundesrats das zehnte Lebensjahr vollendet haben, haben zwei und für jede weiteren angefangenen 1.800 entsprechend registrierten spielberechtigten Mitglieder eine weitere Stimme. ³Maßgeblich für die Anzahl der Stimmen ist der entsprechende Mitgliederbestand am letzten Tag des Monats, der dem Monat vorhergeht, in dem der Bundesrat stattfindet. ⁴Die Vorsitzenden der Landeshockeyverbände können sich nur durch ein anderes Mitglied ihres Verbandsvorstands vertreten lassen.

§ 21 Zuständigkeit, Beschlussfassung, Geschäftsordnung

- (1) Der Bundesrat ist zuständig für:
- a) Entscheidungen, die ihm gemäß § 15 Abs. 3 vom Bundestag übertragen sind,
 - b) Änderungen der SGO DHB,
 - c) Änderungen der FO DHB,
 - d) Änderungen der EHO DHB,
 - e) Änderungen des EC DHB,
 - f) die Zustimmung zum Abschluss des Kooperationsvertrags mit dem Ligaverband gemäß § 23 Abs. 2 lit. c) in der vom Präsidium mit dem Ligaverband ausgehandelten Fassung,
 - g) die Genehmigung der Haushaltspläne des DHB,

- h) die Genehmigung des Jahresabschlusses der Geschäftsjahre, in denen ein ordentlicher Bundestag stattfindet,
 - i) die Bestätigung der Berufung von nachberufenen Mitgliedern des Präsidiums im Sinne von § 22 Abs. 4 und des/der nachberufenen Präsidenten/in im Sinne von § 22 Abs. 5 Satz 1,
 - j) die Berufung und Abberufung der von ihm zu berufenden drei Mitglieder des SOA gemäß § 30 Abs. 2 Satz 2,
 - k) die Wahl eines/r Good-Governance-Beauftragten für den Fall, dass der/die bisherige Beauftragte vorzeitig aus seinem/ihrem Amt ausgeschieden oder dauerhaft verhindert ist, für die verbliebene Amtszeit,
 - l) die Wahl von Ersatzschiedsrichtern/innen des BSG und des BOSG für den Fall, dass Schiedsrichter/innen oder Ersatzschiedsrichter/innen vorzeitig aus ihrem Amt ausgeschieden oder dauerhaft verhindert sind, für die verbliebene Amtszeit,
 - m) Entscheidungen zur Übertragung von Rechten im Sinne von § 2 Abs. 4 Satz 2,
 - n) Beschlüsse über Richtlinien zur guten Verbandsführung (§ 2 Abs. 8),
 - o) sämtliche Entscheidungen, die nach dieser Satzung nicht ausdrücklich einem anderen Gremium zur Entscheidung zugewiesen sind.
- (2) Bei Beschlüssen nach Absatz 1 lit. c), f) und g) haben Vorstände und Direktoren/innen sowie der/die Jugendsekretär/in kein Stimmrecht.
- (3) Mit Zustimmung der/des Präsidenten/in sowie des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesrats kann der Bundesrat Beschlüsse in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung fassen, die sich der Bundestag nicht zur ausschließlichen Entscheidung vorbehalten hat und deren Erledigung so dringlich ist, dass sie keinen Aufschub bis zum nächsten Bundestag duldet.
- (4) ¹Ein satzungsgemäß einberufener Bundesrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der im Bundesrat vertretenen Stimmen anwesend ist. ²Eine Beschlussfassung kann im schriftlichen Verfahren erfolgen, wenn dieser Verfahrensweise nicht mindestens drei Stimmberechtigte widersprechen.
- (5) ¹Beschlüsse und Wahlen erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ²Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/r amtierenden Vorsitzenden; gibt es zwei Vorsitzende und können sich diese nicht einigen, entscheidet die Stimme des/r stellvertretenden Vorsitzenden. ³Die Regelungen des § 18 Abs. 3 Satz 8 und Abs. 4 Satz 3 gelten entsprechend.
- (6) Der Bundesrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

III. Präsidium

§ 22 Zusammensetzung

- (1) ¹Das Präsidium besteht aus:
- a) dem/der Präsidenten/in oder zwei gleichberechtigten Präsidenten (eine Frau und ein Mann),

- b) dem/der Vizepräsidenten/in Finanzen,
- c) dem/der Vizepräsidenten/in Jugend,
- d) dem/der Vorsitzenden des Ligaverbands als das für die Bundesligen zuständige Präsidiumsmitglied, sofern die Organisation und Veranstaltung der und die Verantwortung für die Bundesligen gemäß § 12 Abs. 3 in einem Kooperationsvertrag an den Ligaverband übertragen worden sind,
- e) weiteren Präsidiumsmitgliedern,
- f) den nach Absatz 4 berufenen Mitgliedern,
- g) den Ehrenpräsidenten/innen.

²Die Präsidiumsmitglieder sollen die Aufsicht insbesondere für die Bereiche Leistungssport, Bundesligen, Jugend, Sportentwicklung und Vereinsmanagement, Schiedsrichter- und Regelwesen, Verwaltung, Finanzen, Recht, Kommunikation, Veranstaltungen, Marketing und Sponsoring wahrnehmen. ³Für den Bereich Finanzen ist der/die Vizepräsident/in Finanzen, für den Bereich Jugend der/die Bundesjugendwart/in als Vizepräsident/in Jugend und für den Bereich Bundesligen der Vorsitzende des Ligaverbands, sofern die Organisation und Veranstaltung der und die Verantwortung für die Bundesligen gemäß § 12 Abs. 3 in einem Kooperationsvertrag an den Ligaverband übertragen worden sind, zuständig.

- (2) ¹Der Bundestag wählt die in Absatz 1 lit. a), b) und e) genannten Präsidiumsmitglieder für die Dauer von zwei Jahren. ²Der Bundestag kann die nach Absatz 1 lit. e) gewählten Präsidiumsmitglieder zu Vizepräsidenten/innen ernennen.
- (3) Die Präsidiumsmitglieder bleiben bis zu Neuwahlen durch den Bundestag, der/die Bundesjugendwart/in bis zur Neuwahl durch den BJT im Amt.
- (4) ¹Scheidet ein in Absatz 1 lit. a), b) und e) genanntes Präsidiumsmitglied vorzeitig aus seinem Amt aus oder ist dauerhaft nicht in der Lage, das Amt auszuüben, kann sich das Präsidium durch Beschluss bis zur Neuwahl durch den Bundestag ergänzen. ²Das Präsidium kann durch einstimmigen Beschluss außerdem bis zu zwei weitere Personen in das Präsidium für die Dauer seiner Amtszeit berufen. ³Diese Personen nach Satz 1 und 2 können auch zum Vizepräsidenten/innen ernannt werden. ⁴Diese Beschlüsse bedürfen der Bestätigung durch den Bundesrat.
- (5) ¹Scheidet der/die Präsident/in oder eine/r von zwei gleichberechtigten Präsidenten aus seinem/ihrer Amt aus oder ist er/sie dauerhaft nicht in der Lage, das Amt auszuüben, kann das Präsidium ein Präsidiumsmitglied zum/r neuen Präsidenten/in oder zu einem/r weiteren gleichberechtigten Präsidenten/in berufen; dieser Beschluss bedarf der Bestätigung durch den Bundesrat. ²Bis zu einer Berufung nach Satz 1 oder einer Neuwahl durch den Bundestag führt der/die verbliebene Präsident/in, andernfalls der/die Vizepräsident/in Finanzen beziehungsweise bei dessen Ausscheiden oder dauerhafter Verhinderung das dienstälteste, bei gleichem Dienstalder das lebensälteste Präsidiumsmitglied die Amtsgeschäfte kommissarisch.

§ 23 Zuständigkeit, Stimmrecht, Beschlussfassung, Geschäftsordnung

- (1) ¹Dem Präsidium obliegt gemeinsam mit dem Vorstand die Entwicklung von Strategien, Richtlinien und Konzepten des DHB. ²Die Präsidiumsmitglieder wirken aktiv an der Realisierung von Zielen und Maßnahmen des DHB mit. ³Das Präsidium berät und beaufsichtigt den Vorstand und das Direktorium wie ein Aufsichtsrat.
- (2) Das Präsidium ist insbesondere zuständig für:
- a) die Berufung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und ihrer Entlastung sowie den Abschluss und die Kündigung von Vorstandsdienstverträgen gemäß § 24 Abs. 1; für die Unterzeichnung des Vorstandsdienstvertrags und für dessen Kündigung gilt der/die Präsident/in allein oder, falls es zwei gleichberechtigte Präsidenten gibt, diese gemeinschaftlich stets als ermächtigt, wobei es dem Präsidium freisteht, in seinem Beschluss über den Abschluss und die Kündigung des Vorstandsdienstvertrags ein anderes Präsidiumsmitglied einzeln oder andere Präsidiumsmitglieder gemeinschaftlich zu ermächtigen,
 - b) die Ernennung und Abberufung eines/r Direktors/in Leistungssport und sonstiger Direktoren/innen, eines/r Vorsitzenden des Schiedsrichter- und Regelausschusses (weiter: SRA) (Schiedsrichterobmann/frau) sowie einer Person, die für Wissenschaft/ Leistungssport zuständig ist,
 - c) das Verhandeln sowie den Abschluss oder die Änderung des Kooperationsvertrags mit dem Ligaverband gemäß § 12 Abs. 6, wobei sich der/die Vertreter/in des Ligaverbands hieran nicht beteiligen darf; der Abschluss oder die Änderung des Kooperationsvertrags bedarf zu seiner beziehungsweise ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Bundesrats,
 - d) die Bildung der Präsidiumsausschüsse gemäß § 29,
 - e) die Änderung der ADO DHB,
 - f) die Berufung des/r Anti-Doping-Beauftragten und die Benennung der Mitglieder der Anti-Doping-Kommission des DHB (ADK DHB),
 - g) die Berufung des/r Beauftragten für Prävention Sexualisierte Gewalt,
 - h) die Berufung des/r Vorsitzenden und eines weiteren Mitglieds des SOA gemäß § 30 Abs. 2 Satz 2,
 - i) die Zustimmung zu Anstellungsverträgen, zu Grundstücksverträgen und zu sonstigen Verträgen, die wegen ihres Umfangs oder wegen der Planungsansätze von besonderer Bedeutung sind.
- (3) Das Präsidium gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (4) ¹Im Präsidium hat jedes Mitglied mit Ausnahme der Ehrenpräsidenten/innen jeweils eine Stimme. ²Ehrenpräsidenten/innen stehen dem Präsidium beratend zur Seite.
- (5) Der/die stellvertretende Vorsitzende des Bundesrats sowie der Athletenvertreter und die Athletenvertreterin sind berechtigt, an den Sitzungen des Präsidiums mit beratender Stimme teilzunehmen.
- (6) ¹Beschlüsse erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern keine andere Mehrheit vorgesehen ist. ²Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Präsidenten/in; gibt es zwei gleichberechtigte Präsidenten und können sich diese nicht einigen, entscheidet die Stimme des/r Vizepräsidenten/in

Finanzen. ³Die Regelungen des § 18 Abs. 3 Satz 8 und Abs. 4 Satz 3 gelten entsprechend.

- (7) Das Präsidium ist ermächtigt, durch einstimmigen Beschluss die Satzung zu ändern, soweit dies nach seinem Ermessen erforderlich ist, um Schreibfehler oder offenbare Unrichtigkeiten zu berichtigen oder um Beanstandungen des Vereinsregisters oder der zuständigen Finanzbehörde zu beheben.

IV. Vorstand und Direktorium

§ 24 Zuständigkeit, Zusammensetzung, Berufung, Amtsdauer

- (1) ¹Der Vorstand wird vom Präsidium für die Dauer seiner Amtszeit berufen und entlastet. ²Vorstandsmitglieder können vom Präsidium vorzeitig abberufen werden. ³Vorstandsmitglieder können ihre Tätigkeit ehrenamtlich oder hauptamtlich ausüben. ⁴Das Präsidium kann mit den Vorstandsmitgliedern Vorstandsdienstverträge abschließen und kündigen; insoweit wird das Präsidium gegenüber dem jeweiligen Vorstandsmitglied von dem/r/n Präsidenten/in vertreten.
- (2) ¹Der Vorstand ist gesetzlicher Vertreter im Sinne des § 26 BGB. ²Er führt die Geschäfte des DHB und vertritt den DHB gerichtlich und außergerichtlich. ³Dabei setzt er insbesondere die mit dem Präsidium entwickelten Strategien, Richtlinien und Konzepte um. ⁴Ist nur ein Vorstand bestellt, vertritt dieser den DHB allein. ⁵Sind mehrere Vorstände bestellt, wird der DHB von zwei Vorständen gemeinsam vertreten im Sinne des § 26 BGB.
- (3) ¹Zur Unterstützung des Vorstands kann das Präsidium für die Dauer seiner Amtszeit Direktoren/innen ernennen. ²Direktoren/innen können vom Präsidium vorzeitig abberufen werden. ³Direktoren/innen können ihre Tätigkeit ehrenamtlich oder hauptamtlich ausüben.
- (4) Vorstandsmitglieder und Direktoren/innen haben auf Einladung an Sitzungen des Präsidiums teilzunehmen.
- (5) Über die Sitzungen des Vorstands und/oder des Direktoriums sind Protokolle anzufertigen, die dem Präsidium unverzüglich zur Kenntnis zu geben sind.
- (6) Das Präsidium gibt dem Vorstand und/oder dem Direktorium eine Geschäftsordnung.

V. Hockeyjugend

§ 25 Bundesjugendtag

- (1) ¹Der BJT ist das oberste Organ der Deutschen Hockeyjugend (Hockeyjugend). ²Der Hockeyjugend gehören die jugendlichen Mitglieder der Mitgliedsvereine und die erwachsenen Mitglieder bis zum Ende des Jahres an, in dem sie das 21. Lebensjahr vollendet haben, sowie die von den Mitgliedsvereinen, den Landeshockeyverbänden und dem DHB gewählten und bestellten Vertreter und Mitarbeiter im Bereich des Jugendhockeys. ³Die Hockeyjugend verwaltet sich im Rahmen dieser Satzung selbstständig und entscheidet über die Verwendung der Mittel.

- (2) Der BJT ist zuständig für:
- a) die Verabschiedung der Verfassung der Hockeyjugend in der JO DHB nach Maßgabe dieser Satzung,
 - b) die Wahl und Entlastung der Mitglieder des BJV, insbesondere des Bundesjugendwarts, für zwei Jahre,
 - c) die Festlegung der Richtlinien für den BJV,
 - d) die Genehmigung des Jahresabschlusses der Hockeyjugend des dem BJT vorausgegangenen Geschäftsjahrs,
 - e) die Übertragung von Aufgaben auf den BJR.
- (3) Der ordentliche BJT findet in den Jahren eines ordentlichen Bundestags und mindestens sechs Wochen vor diesem statt.
- (4) Anträge zum BJT können die Mitglieder des DHB, der Bundesrat, das Präsidium, der Vorstand, der BJR und der BJV stellen.
- (5) ¹Bei einem BJT haben die Mitglieder des BJV und der Jugendsekretär jeweils eine Stimme. ²Die Mitgliedsvereine, mit bis zu 30 jugendlichen Mitgliedern im Sinne von Absatz 1, die als spielberechtigt registriert sind und im Kalendervorjahr zum BJT das zehnte Lebensjahr vollendet haben, erhalten eine und für jede weiteren angefangenen 30 entsprechend registrierten spielberechtigten jugendlichen Mitglieder eine weitere Stimme. ³Die Landeshockeyverbände haben je zwei Stimmen und eine weitere Stimme, falls mindestens ein/e Jugendsprecher/in entsprechend der JO DHB ihrem Verbandsjugendausschuss oder Verbandsvorstand angehört. ⁴Maßgeblich für die Anzahl der Stimmen ist der entsprechende Mitgliederbestand am letzten Tag des Monats, der dem Monat vorhergeht, in dem der BJT stattfindet. ⁵Die Mitglieder des BJV haben bei ihrer eigenen Entlastung kein Stimmrecht.
- (6) Weitere Einzelheiten zur Verfassung der Hockeyjugend regelt die JO DHB.

§ 26 Bundesjugendrat

- (1) Der BJR besteht aus den Mitgliedern des BJV, dem/r Jugendsekretär/in, den Jugendwarten/innen sowie jeweils einem/r Jugendsprecher/in der Landeshockeyverbände.
- (2) Der BJR ist zuständig für:
- a) die Genehmigung des Jahresabschlusses der Geschäftsjahre, in denen ein BJT stattfindet,
 - b) die Genehmigung der Haushaltpläne der Hockeyjugend;
 - b) alle ihm vom BJT übertragenen Aufgaben,
 - c) die Berufung von Mitgliedern des BJV insbesondere des/der Bundesjugendwarts/in, sofern eine Besetzung zwischen Bundesjugendtagen erforderlich wird.
- (3) Der BJR tritt mindestens einmal in den Jahren zusammen, in denen kein ordentlicher BJT stattfindet.

(4) Einzelheiten zur Verfassung des BJR regelt die JO DHB.

§ 27 Bundesjugendvorstand

- (1) Dem BJV obliegt die Geschäftsführung in allen Jugendangelegenheiten des DHB nach Maßgabe dieser Satzung und der JO DHB.
- (2) ¹Der BJV besteht aus dem/der Bundesjugendwart/in als Vorsitzendem/r und bis zu neun weiteren Mitgliedern. ²Er kann mit Einwilligung des Präsidiums eine/n hauptamtliche/n Jugendsekretär/in und weitere hauptamtliche Mitarbeiter zur Einstellung durch den DHB vorschlagen. ³Er kann zu seiner Unterstützung Ausschüsse einsetzen.

VI. Mitwirkung der Athleten/innen

§ 28 Athletenvertreter/in

¹Die Athleten der Damen- und Herrenbundes-kader (Olympia- und Perspektivkader) wählen jeweils einen Sprecher (Athletenvertreter/in). ²Die Amtszeit beginnt mit der Wahl und endet mit der Wahl einer neuen Athletenvertreterin und eines neuen Athletenvertreterers. ³Einzelheiten werden in einer Wahlordnung geregelt, die vom Präsidium zu genehmigen ist.

D. Ausschüsse des DHB

§ 29 Präsidiumsausschüsse

¹Das Präsidium ist verpflichtet, einen Ausschuss für Sportentwicklung und Vereinsmanagement einzurichten. ²Das Präsidium kann zur Unterstützung der Arbeit des DHB oder seiner Organe weitere Ausschüsse einrichten. ³Es legt die Aufgabenbeschreibung und die Ausschussmitglieder fest. ⁴Jeder Präsidiumsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, die vom Präsidium zu genehmigen ist. ⁵Das Präsidium kann einen Ausschuss im Sinne des Satzes 2 auflösen, wenn sich sein Zweck erfüllt hat.

§ 30 Spielordnungsausschuss

- (1) Der Spielordnungsausschuss (weiter: SOA) ist zuständig für die Regelungen über den Spielbetrieb des DHB, soweit dafür nicht der SRA (§ 31) oder der Ligaverband (§ 12) zuständig ist, das heißt die Verabschiedung und Änderung der Spielordnung DHB.
- (2) ¹Der SOA besteht aus fünf Mitgliedern. ²Das Präsidium beruft den/die Vorsitzende/n und ein weiteres Mitglied, von denen eines die Befähigung zum Richteramt haben soll, der Bundesrat beruft drei Mitglieder für die Dauer von zwei Jahren. ³Die Berufung soll anlässlich des Bundestags erfolgen. ⁴Die Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden. ⁵Bei vorzeitigem Ausscheiden oder dauerhafter Verhinderung eines Mitglieds berufen das Präsidium und der Bundesrat, soweit sie für die Berufung zuständig sind, für die restliche Dauer der Amtszeit unverzüglich ein neues Mitglied. ⁶Sie können das von ihnen berufene Mitglied nur aus

wichtigem Grund abberufen. ⁷Die Mitglieder des SOA bleiben nach Beendigung der Amtszeit bis zu einer Neuberufung kommissarisch im Amt.

- (3) ¹Der SOA ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. ²Eine Beschlussfassung kann im schriftlichen Verfahren erfolgen, wenn dieser Verfahrensweise nicht mindestens zwei Mitglieder widersprechen.
- (4) ¹Änderungen der SPO DHB bedürfen der Mehrheit der Mitglieder des SOA sowie der Bestätigung durch das Präsidium. ²Für sämtliche Beschlüsse gilt § 18 Abs. 3 Satz 8 entsprechend.
- (5) Anträge zum SOA können die Mitglieder und die Organe des DHB sowie der SRA stellen.
- (6) Der SOA gibt sich eine Geschäftsordnung, die vom Präsidium zu genehmigen ist.

§ 31 Schiedsrichter- und Regelausschuss

- (1) ¹Der SRA ist zuständig für die Aus- und Fortbildung, die Einsatzplanung, die Beobachtung und die Beurteilung von Schiedsrichtern/innen einschließlich ihrer Lizenzierung. ²Er ist weiter zuständig für die Hockeyregeln einschließlich ihrer Auslegung unter Beachtung der Vorgaben der FIH.
- (2) ¹Vorsitzende/r kraft Amtes ist der/die Schiedsrichterobmann/frau. ²Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der/die Referent/in für das Schiedsrichterwesen im BJV und ein/e Vertreter/in des Ligaverbands, der/die vom Vorstand des Ligaverbands benannt wird. ³Weitere Mitglieder können auf Vorschlag des/r Vorsitzenden vom Präsidium berufen werden. ⁴Die Mitgliedschaft im SRA endet mit der Abberufung durch das Präsidium.
- (3) ¹Entscheidungen des SRA insbesondere im Hinblick auf das Regelwerk bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Bestätigung durch das Präsidium. ²Das gilt nicht für organisatorische Entscheidungen wie Einsatzplanungen, Beobachtungen, Beurteilungen, Lizenzierungen und Ähnliches.
- (4) Der SRA gibt sich eine Geschäftsordnung, die vom Präsidium zu genehmigen ist.

E. Schiedsgerichte

§ 32 Schiedsgerichtsbarkeit

- (1) Die Organe und Ausschüsse des DHB, die Landeshockeyverbände, der Ligaverband, die Mitgliedsvereine und deren Mitglieder sowie alle sonstigen dem DHB angehörenden Zusammenschlüsse, ihre Organe und Vertreter unterstehen der ausschließlichen Schiedsgerichtsbarkeit des DHB.
- (2) ¹Die Schiedsgerichte entscheiden über alle Streitigkeiten innerhalb des DHB unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs. ²Eine Ausnahme bilden Verstöße gegen die Anti-Doping-Bestimmungen. ³Diese werden im Rahmen eines Sanktionsverfahrens von der ADK DHB behandelt. ⁴Eine Berufung gegen das Urteil der ADK DHB kann bei der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) in Köln eingereicht werden.

- (3) ¹Die Schiedsgerichtsbarkeit wird durch die Schiedsgerichte ausgeübt, nämlich die Verbandsschiedsgerichte (weiter: VSG), das BSG und das BOSG. ²BSG und BOSG werden vom DHB gebildet. ³Jeder Landeshockeyverband bildet ein VSG. ⁴Schließen sich mehrere Landeshockeyverbände zur Durchführung eines überregionalen Spielverkehrs zu einer Interessengemeinschaft oder einem Regionalverband zusammen, können sie zu diesem Zweck ein gemeinsames VSG bilden oder sich dem VSG eines ihnen angehörenden Landeshockeyverbands unterstellen; die Einzelheiten regeln die Verbände selbst.

§ 33 Zusammensetzung der Schiedsgerichte, Wahl und Stellung der Schiedsrichter/innen

- (1) ¹Jedes Schiedsgericht besteht vorbehaltlich der Regelung in Absatz 3 aus einem/r Vorsitzenden, einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden und einem/r weiteren Beisitzer/in und drei Ersatzschiedsrichtern/innen, die alle einem Mitgliedsverein angehören müssen. ²Alle Schiedsrichter/innen sowie alle Ersatzschiedsrichter/innen des BSG und des BOSG werden in einer Abstimmung vom Bundestag für die Dauer von vier Jahren gewählt; bei der Wahl wird auch die Reihenfolge der Ersatzschiedsrichter/innen festgelegt. ³Ihr Amt dauert bis zu Neuwahlen an. ⁴Scheidet ein/e Schiedsrichter/in oder ein/e Ersatzschiedsrichter/in vorzeitig aus oder ist verhindert, rücken die Schiedsrichter/innen beziehungsweise Ersatzschiedsrichter/innen in der Reihenfolge ihrer Wahl unter Berücksichtigung von Absatz 2 Satz 3 und 4 nach. ⁵Bei Nachrücken, vorzeitigem Ausscheiden oder dauerhafter Verhinderung eines/r Schiedsrichter/in oder eines/r Ersatzschiedsrichter/in wählt der Bundesrat für die restliche Dauer der Amtszeit unverzüglich eine/n neue/n Ersatzschiedsrichter/in. ⁶Die Schiedsrichter/innen und die Ersatzschiedsrichter/innen der VSG werden von den Verbänden gewählt. ⁷Die Einzelheiten der Wahl einschließlich der Wahl neuer Ersatzschiedsrichter/innen sowie die Dauer der Amtszeit regeln die Verbände selbst.
- (2) ¹Die Schiedsrichter/innen und die Ersatzschiedsrichter/innen des BSG, des BOSG und die Vorsitzenden der VSG müssen, die übrigen Richter/innen der VSG sollen die Befähigung zum Richteramt haben. ²Die Schiedsrichter/innen und die Ersatzschiedsrichter/innen des BOSG dürfen keinem anderen Schiedsgericht angehören. ³Die Schiedsrichter/innen sowie die Ersatzschiedsrichter/innen des BSG und des BOSG dürfen keinem Organ des DHB, eines Landeshockeyverbands oder des Ligaverbands angehören. ⁴Dem BSG und dem BOSG darf aus einem Landeshockeyverband nur jeweils ein/e Schiedsrichter/in angehören. ⁵Je ein/e Ersatzschiedsrichter/in darf zu demselben Landeshockeyverband gehören; er/sie darf aber nur den/die Schiedsrichter/in aus dem eigenen Landeshockeyverband ersetzen.
- (3) ¹Für den Fall, dass ein Rechtsfall den Ligaverband beziehungsweise den vom Ligaverband organisierten, veranstalteten und verantworteten Spielbetrieb der Bundesligen betrifft, wirkt an der Entscheidung des BSG oder des BOSG abweichend von Absatz 1 anstelle des/r weiteren Beisitzers/in ein/e vom Ligaverband entsandte/r Schiedsrichter/in als weitere/r Beisitzer/in des BSG beziehungsweise des BOSG mit. ²Diese/r Schiedsrichter/in sowie ein/e Ersatzschiedsrichter/in werden in einer Abstimmung von der Mitgliederversammlung des Ligaverbands für

die Dauer von vier Jahren gewählt; die Wahl soll anlässlich des Bundestags erfolgen, an dem auch die Schiedsrichter/innen und Ersatzschiedsrichter/innen des BSG und des BOSG gewählt werden. ³Die Mitgliederversammlung des Ligaverbands kann auch bestimmen, dass eine nach Absatz 1 vom Bundestag zum/r Schiedsrichter/in oder Ersatzschiedsrichter/in des BSG gewählte Person als Beisitzer des BSG nach Satz 1 und eine nach Absatz 1 vom Bundestag zum/r Schiedsrichter/in oder Ersatzschiedsrichter/in des BOSG gewählte Person als Beisitzer des BOSG nach Satz 1 gilt. ⁴Ihr Amt dauert bis zu Neuwahlen an. ⁵Scheidet der/die vom Ligaverband entsandte Schiedsrichter/in vorzeitig aus oder ist verhindert, rückt der/die vom Ligaverband entsandte Ersatzschiedsrichter/in nach. ⁶Bei Nachrücken, vorzeitigem Ausscheiden oder dauerhafter Verhinderung des/r vom Ligaverband entsandten Schiedsrichter/in oder Ersatzschiedsrichter/in wählt die Mitgliederversammlung für die restliche Dauer der Amtszeit unverzüglich eine/n neue/n Ersatzschiedsrichter/in. ⁷Der/die vom Ligaverband in das BSG beziehungsweise in das BOSG entsandte Schiedsrichter/in sowie der/die Ersatzschiedsrichter/in dürfen nicht demselben Verein angehören. ⁸Absatz 2 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend.

- (4) Die Schiedsrichter/innen haften wie Richter/innen der ordentlichen Gerichte in einer Rechtssache gemäß § 839 BGB.

§ 34 Zuständigkeit und Verfahren der Schiedsgerichte

- (1) ¹Die Schiedsgerichte werden nur auf Antrag tätig. ²Sie dürfen erst angerufen werden, wenn und soweit Organe, Ausschüsse und Personen, die nach dieser Satzung und den sonstigen in § 6 Abs. 1 genannten Rechtsgrundlagen sowie nach den Satzungen der Landeshockeyverbände oder des Ligaverbands sowie den sonstigen von ihnen erlassenen Rechtsgrundlagen für Entscheidungen oder die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen zuständig sind, abschließend entschieden haben.
- (2) ¹Die VSG und das BSG entscheiden über Streitigkeiten in erster Instanz. ²Hiervon ausgenommen sind Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Bestimmung in den in Absatz 1 Satz 2 genannten Rechtsgrundlagen. ³Über diese Anträge entscheidet das BOSG ausschließlich. ⁴Das BOSG entscheidet außerdem über Revisionen gegen instanzabschließende Entscheidungen eines VSG und des BSG.
- (3) Im Übrigen richtet sich das Verfahren vor den Schiedsgerichten nach der SGO DHB.

F. Schlussbestimmungen

§ 35 Kassenprüfung

- (1) Die beiden Kassenprüfer/innen haben die Bücher des DHB entsprechend der Vorgaben der FO DHB zu prüfen.
- (2) ¹Die Prüfung soll nach Ablauf des Geschäftsjahrs bis 15. Mai erfolgt sein. ²Die Kassenprüfer/innen haben dem Bundestag, dem Bundesrat und dem Präsidium über ihre Prüfungen in Textform zu berichten.

§ 36 Datenschutz

- (1) ¹Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des DHB, insbesondere bei der Organisation und Durchführung des Spielbetriebs sowie anderer Bereiche des Hockeysports, erfasst dieser unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) die hierfür erforderlichen Daten sowie personenbezogene Daten von Mitgliedern der seinen Landeshockeyverbänden angehörenden Vereine. ²Hierzu werden unter anderem die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorar-Mitarbeiter/innen in den Organen des DHB, Verwaltung und Spielbetrieb sowie sonstiger Personen (zum Beispiel Hockeyspieler, Tagungsteilnehmer, Lizenznehmer) erhoben und in der Datenverarbeitung DHB bearbeitet, gespeichert, übermittelt und verändert. ³Die Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten, insbesondere über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder des DHB und deren Mitglieder, erfolgt nur, sofern dies zur Erfüllung des Satzungszwecks erforderlich ist oder eine ausdrückliche Einwilligung des/r Betroffenen vorliegt.
- (2) ¹Der DHB kann diese Daten in zentrale Informationssysteme des DHB einstellen. ²Ein solches Informationssystem kann vom DHB selbst, von anderen Landeshockeyverbänden, gemeinsam mit diesen oder von einem beauftragten Dritten betrieben werden.
- (3) Die Datenerfassung dient im Rahmen der vorgenannten Verbandszwecke vornehmlich der Verbesserung und Vereinfachung der organisatorischen und spieltechnischen Abläufe im DHB sowie im Verhältnis zu seinen Landeshockeyverbänden der Schaffung direkter Kommunikationswege zwischen DHB, Landeshockeyverbänden, Vereinen und deren Mitgliedern und der Erhöhung der Datenqualität für Auswertungen und Statistiken.
- (4) ¹Jede Person hat das Recht auf
- a) Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO),
 - b) Berichtigung, sofern unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden (Art. 16 DS-GVO),
 - c) Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17 beziehungsweise 18 DS-GVO), wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen,
 - d) Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO),
 - e) Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DS-GVO, also auf Erhalt der Daten in maschinenlesbarem Format und auf Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen.
- ²Soweit die Verarbeitung der Daten nicht auf vertraglicher oder gesetzlicher Grundlage beruht, sondern der/die Betroffene in eine entsprechende Erklärung eingewilligt hat, kann er/sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. ³Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird dadurch nicht berührt.
- (5) ¹Den Organen und allen Mitarbeitern/innen des DHB ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als den zur jeweiligen Aufgabenerfüllung

gehörenden Zwecken des DHB zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. ²Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem DHB hinaus.

- (6) ¹Der DHB und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte sind bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten an die Bestimmungen der DSGVO und des BDSG gebunden. ²Es wird insbesondere sichergestellt, dass die personenbezogenen Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der unbefugten Kenntnisnahme Dritter geschützt werden und ausschließlich die zuständigen Stellen Zugriff auf diese Daten haben. ³Dies gilt entsprechend, wenn der DHB ein Informationssystem gemeinsam mit Landeshockeyverbänden nutzt und betreibt. ⁴Zugriffsrechte dürfen nur erteilt werden, soweit dies zur Erfüllung der Verbandszwecke notwendig oder aus anderen Gründen datenschutzrechtlich zulässig ist. ⁵Der DHB und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte achten darauf, dass bei der Datenverarbeitung schutzwürdige Belange der betroffenen Personen berücksichtigt werden. ⁶Die beauftragten Dritten werden vom DHB zur Einhaltung der Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung der Vorgaben der DSGVO und des BDSG verpflichtet.
- (7) Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte findet grundsätzlich nur statt, wenn dies für die Durchführung des Vertrags erforderlich ist, die Weitergabe auf Basis einer Interessenabwägung im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO zulässig ist, der DHB rechtlich zu der Weitergabe verpflichtet ist oder insofern eine Einwilligung des Betroffenen vorliegt.
- (8) ¹Um zu gewährleisten, dass die gemäß Absatz 1 erfassten Daten aktuell sind, sind die Landeshockeyverbände und deren Vereine verpflichtet, Veränderungen im Datenbestand umgehend dem DHB beziehungsweise ihrem Landeshockeyverband oder einem vom DHB mit der Datenverarbeitung beauftragten Dritten mitzuteilen. ²Um die datenschutzrechtlichen Vorgaben für eine Datennutzung gemäß dieser Satzung zu schaffen, sind Veränderungen im Datenbestand umgehend mitzuteilen. ³Verstöße hiergegen können nach der Rechts- und Verfahrensordnung des DHB und den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften geahndet werden.
- (9) ¹Zur Überwachung der Datenschutzbestimmungen beruft der Vorstand eine/n Datenschutzbeauftragte/n. ²Diese Berufung bedarf der Zustimmung durch das Präsidium.
- (10) ¹Der DHB wird im Rahmen der vorgenannten Datenverarbeitungen die Grundsätze der Verarbeitung personenbezogener Daten beachten und personenbezogene Daten nach den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, von Treu und Glauben, der Transparenz, Zweckbindung, Datenminimierung, Richtigkeit, Speicherbegrenzung sowie der Integrität und Vertraulichkeit verarbeiten. ²Der DHB wird die notwendigen Vorkehrungen treffen und regelmäßig evaluieren, um seiner Rechenschaftspflicht gegenüber betroffenen Personen und den zuständigen Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Einhaltung der vorgenannten Grundsätze jederzeit nachkommen zu können.

§ 37 Auflösung

- (1) ¹Die Auflösung des DHB kann nur beschlossen werden, wenn sie mindestens die Hälfte seiner Mitglieder in Textform beantragt und der Antrag mindestens vier Monate vor dem Bundestag bei der Geschäftsstelle des DHB eingegangen ist. ²Der Antrag muss von dem Präsidium spätestens drei Monate vor dem Bundestag veröffentlicht werden.
- (2) Der Beschluss über die Auflösung bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der im Bundestag vertretenen Stimmen.

§ 38 Inkrafttreten

¹Diese Satzung und Änderungen dieser Satzung treten mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft; die Eintragung ist unverzüglich bekanntzumachen. ²Auf dem Bundestag, auf dem Satzungsänderungen beschlossen werden, sollen Beschlüsse – insbesondere Personalbeschlüsse – so gefasst und Wahlen so durchgeführt werden, dass diese Beschlüsse und Wahlen bereits der neuen Satzungsfassung gerecht werden.